



BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN IN DEN NEUEN LÄNDERN ENGAGIERT FÜR DAS GEMEINWESEN

STUDIE IM AUFTRAG DES BUNDEMINISTERIUMS
FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (BMWI)

Durchgeführt von: Kristina Bayer, Burghard Flieger,
Sonja Menzel, Marleen Thürling

innova eG

E-Mail: info@innova-eg.de

Website: www.innova-eg.de

Kurzfassung

Die vorliegende Studie untersucht Bürgergenossenschaften als relativ neue Formen der Selbsthilfe. Sie entstehen auf Initiative von Bürger:innen, die sich zusammenschließen, um bestimmte Aufgaben und Dienstleistungen in ihren Gemeinwesen eigenverantwortlich zu erbringen. Im Unterschied zum klassischen Genossenschaftsmodell verfolgen Bürgergenossenschaften ihre Ziele nicht nur zum Vorteil für die eigenen Mitglieder, sondern verstehen sich immer auch als Beitrag für das Gemeinwesen. Die genossenschaftlichen Leistungen stehen häufig als Leistungsangebot einem weiten Adressat:innenkreis zur Verfügung und verbessern vielerorts die Lebensqualität für die lokale Bevölkerung. Bürgergenossenschaften kennzeichnet damit eine besondere Hybridität: Sie sind Unternehmen ihrer Mitglieder, die mit ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb eine Leistung erbringen, und gleichzeitig Organisationen der Zivilgesellschaft, initiiert und getragen von bürgerschaftlichem Engagement.

Als mögliche Lösungsmodelle für Versorgungsprobleme in ländlichen Räumen sind Bürgergenossenschaften von besonderem Interesse. Die Studie konzentriert sich auf ihre Potenziale und Chancen speziell in den neuen Ländern. Sie richtet sich an Verantwortliche in Politik, Verwaltung und Kommunen, um für die Vorteile und auch Besonderheiten zu sensibilisieren und die Gründung und Stabilisierung mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Einführend werden anhand einer Literaturstudie Bürgergenossenschaften im Spannungsverhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement und Herausforderungen des ländlichen Raums in den neuen Ländern verortet. Deutlich wird, dass die Gründungen nicht voraussetzungslos erfolgen, sondern im Wechselspiel von finanzieller Situation, Engagementbedingungen und der Förderung durch Politik und Verwaltung vor Ort entstehen.

Hervorzuheben ist, dass die neuen Länder im Vergleich zu den alten Bundesländern nicht, wie häufig vermutet, Schlusslichter bei der Gründung von Bürgergenossenschaften sind. Vielmehr erweist sich das Gründungsgeschehen der Bürgergenossenschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl als ähnlich dynamisch. Allerdings verdeutlichen die Zahlen auch, dass Gründungen in den alten Ländern im Durchschnitt häufiger erfolgreich sind und sich seltener wieder auflösen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Bürgergenossenschaften mit zunehmender Vielfalt an Konzepten und Umsetzungsformen gegründet. Sie sind ein beeindruckendes Beispiel dafür, was mit der Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe, Engagement und Kompetenz, sowie mit einer breiten Unterstützung seitens der Öffentlichkeit und der Kommunen, auf den Weg gebracht werden kann.

Zehn Fallstudien aus den Branchen Nahversorgung, Infrastruktur, Kultur, Mobilität und nachbarschaftliche Hilfen liefern einen komprimierten Einblick in die Potenziale, Bedingungen und Hindernisse, mit denen sich die Akteur:innen vor Ort mit ihrem genossenschaftlichen Engagement konfrontiert sehen. Die Beispiele zeigen, dass Genossenschaften alles andere als Selbstläufer sind. Es braucht nicht nur eine gute Idee und eine Gruppe von Überzeugten, sondern auch finanzielle

Mittel, unternehmerisches Know-how, ein Netzwerk von Unterstützer:innen und viel Durchhaltevermögen, um sie auf den Weg zu bringen.

Die Studie verdeutlicht, dass das Interesse an den neuen bürgerschaftlichen Modellen groß ist und weiter zunehmen dürfte, um die Herausforderungen rund um die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu bewältigen. Aufgrund ihrer rechtsformspezifischen Verfasstheit eignen sich Genossenschaften in besonderer Weise, neue Lösungsmöglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen und Kommunen zu entwickeln und zu erproben. Sie profilieren sich als weitere Gestaltungsvariante der lokalen Governance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das freiwillige Engagement der Bürger:innen kann allerdings nicht unbegrenzt adressiert und abgerufen werden. Deutlich wurde, dass hierfür förderliche und ermöglichende Rahmenbedingungen notwendig sind. Die Unterstützung und Beteiligung der Kommunen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die für die Fallstudien befragten Initiator:innen benennen eine Reihe von Maßnahmen, die ihnen die Gründung und Stabilisierung des Geschäftsmodells erleichtert hätten, beispielsweise feste Ansprechpartner:innen in den Kommunen und auf Landesebene, um Informationen über Fördermöglichkeiten zu erhalten. Hilfreich wäre aus ihrer Sicht zudem, das notwendige Gründungswissen zu bündeln und weiteren Gründer:innen zur Verfügung zu stellen. Als wichtig für ihren Erfolg betonen sie eine breite öffentliche Unterstützung ihrer Vorhaben. Voraussetzung dafür ist, dass das Genossenschaftsmodell in seinen Besonderheiten verstanden wird, als ein demokratisches und bürger:innengetragenes Partizipationsmodell.

Die abschließenden Handlungsempfehlungen der Studie zeigen das breite Möglichkeitsspektrum auf, mit denen Bürgergenossenschaften in den neuen Ländern bei der Gründung und dem Geschäftsbetrieb gefördert werden können. Vorgestellt werden sie in Form eines 7-Punkte-Planes. Dieser ist mit seinen sich wechselseitig verstärkenden Elementen als integriertes Gesamtkonzept zu verstehen, um eine stärkere Gründungsdynamik „in Gang zu setzen.“ Die Grundlagen bilden Information, Unterstützung der Kommunen und Beratung der Gründungsinitiativen bzw. existierenden Genossenschaften. Die Bausteine Promotor:innenausbildung, rechtliche Anpassungen sowie Unterstützung von Kooperation und Vernetzung sind dann etwas aufwendigere, aber besonders erfolversprechende Schritte. Diese Dynamik kann durch den letzten Punkt, die Errichtung von Kompetenzzentren, verbunden mit gezielter Förderung, zu einer dauerhaften, stabilen Entwicklung verstetigt werden. Wichtig: Die Handlungsempfehlungen zielen auf unterschiedliche politischen Handlungsebenen und Zuständigkeiten, die idealerweise ineinandergreifen, um das volle Potenzial von Genossenschaften für die Entwicklung des Gemeinwohls, insbesondere im ländlichen Raum der neuen Länder, zu entfalten.

Wenn das gelingt, können Bürgergenossenschaften mit ihren Angeboten entscheidend zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort beitragen. Mit ihnen entstehen neue Gemeinschaftsangebote und „Möglichkeitsräume“ für Teilhabe und Mitbestimmung. Wenn Bürger:innen mit ihrem Engagement die Lebensbedingungen im Gemeinwesen beeinflussen und verbessern, stärkt das demokratische Prozesse vor Ort und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Impressum

Im Auftrag des:

Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Bundeswirtschaftsministerium Berlin
Scharnhorststr. 34–37
10115 Berlin

Web: www.bmwi.de

Durchgeführt von:

Dr. Kristina Bayer,
Dr. Burghard Flieger,
Dr. Sonja Menzel,
Dr. Marleen Thürling

innova eG
Meisenweg 39
04451 Borsdorf

Tel.: (0341) 6810985
Fax: (0341) 6811786
Mail: info@innova-eg.de
Web: www.innova-eg.de



Bildrechte: Die Urheberrechte der verwendeten Fotos und Bilder liegen, wenn nicht anders gekennzeichnet, bei den jeweils genannten Genossenschaften.

Kooperationspartner:innen:



In Trägerschaft der



Stand: September 2021